

Neue Verantwortlichkeit des Kapitals?

Wie können transnationale Konzerne herausgefordert und für ihre menschenrechtsverletzenden Praktiken zur Rechenschaft gezogen werden? Diese Frage ist Angelpunkt mehrerer Gegenveranstaltungen zum World Economic Forum in Davos. Das von der AFP mitorganisierte Panel ‚Entschädigung jetzt! – Keine Amnestie für Apartheid-Profitere‘ verdeutlicht dabei ebenso wie der nachfolgende Artikel die zunehmende Brisanz von Reparationsforderungen.

Gemäss der Prognose der UNCTAD über die ausländischen Direktinvestitionen werden transnationale Unternehmen (TNCs) im Jahr 2000 wahrscheinlich erstmals über 1'100 Milliarden US-Dollar jenseits der Grenzen ihrer Herkunftsländer investiert haben. Dies ist doppelt so viel wie vor drei Jahren. Ein Fünftel dieser Investitionsflüsse entfällt auf die Entwicklungsländer.

Als Kontrast dazu eine Nachricht aus Los Angeles: Eine Koalition von Kongress-Abgeordneten, Rechtsanwälten und Menschenrechtsaktivisten strengen im Namen nicaraguanischer ArbeiterInnen ein Gerichtsverfahren gegen das taiwanesisches Textilunternehmen Chentex an, in dessen mittelamerikanischer Niederlassungen haarsträubende Verhältnisse herrschen sollen: So bekommen ArbeiterInnen für ein Paar Jeans, die das Unternehmen auf dem US-Markt für 30 Dollar verkauft, umgerechnet gerade mal einen Lohn von 18 Cents. ArbeiterInnen in Managua, die 8 Cents mehr forderten, wurden kurzerhand auf die Strasse gesetzt. Die Klageerhebung kann in den USA stattfinden, weil Chentex eine Niederlassung in Los Angeles unterhält, durch welche die Jeans vertrieben werden.

Die beiden Meldungen illustrieren einen doppelten Trend, der seit einiger Zeit unübersehbar ist: Während die Tendenz zur Globalisierung ökonomischer Aktivitäten ungebrochen fortschreitet, nehmen auch die Bemühungen zu, die TNCs für ihre Aktivitäten auch jenseits der Grenzen zur Rechenschaft zu ziehen. Der in Los Angeles verhandelte Fall stützt sich auf den ‚Alien Tort Claims Act‘, ein uraltes Anti-Piratengesetz der USA, demzufolge gegen Firmen oder Individuen in den USA vorgegangen werden kann, wenn diese im Ausland gegen internationale Gesetze oder Verträge verstossen. Bislang wurde dieses Gesetz stets nur bei Folter, Tötungsdelikten und Kriegsverbrechen geltend gemacht – etwa zu Gunsten jener Philippinos und Philippinas, welche Marcos in den USA für seine Menschenrechtsverletzungen belangten (Anm. d. Red.). – Jetzt werden auf dieser Basis erstmals Wirtschaftsverbrechen verhandelt.

Ob es um die skandalösen Zustände in den Sweetshops Mittelamerikas geht, um die Schadenersatzklagen wegen Zwangsarbeit in der Nazi-Zeit, um die Verantwortung der Tabak-Konzerne oder um die Rassendiskriminierung in den Coca-Cola-Fabriken – alle diese Einzelfälle stehen auch für die paradoxe Entwicklung, dass sich neue Ansprüche der Gesellschaft an die mächtigsten Akteure der Wirtschaft ausgerechnet in dem Moment artikulieren, in dem die Gesetze der Marktwirtschaft mit der Implosion des Realsozialismus weltweite Anerkennung gefunden zu haben scheint. Die neue Situation des Kapitalismus besteht gerade darin, dass es sich selbst die grössten Konzerne immer weniger leisten können, sich nur gegenüber ihren AktionärInnen zu rechtfertigen.

Die Renaissance der Kritik am Big Business haben dessen Vertreter längst registriert. “Soziale Verantwortlichkeit” lautet das Schlagwort, mit dem die TNCs ihren Kritikern begegnen wollen. Damit versuchen sie, den drohenden ‚Backlash‘ der konzernorientierten Globalisierung zu verhindern und die wachsende Bewegung für globale wirtschaftliche Gerechtigkeit einzudämmen. 1999 haben die 50 grössten Konzerne der Welt einen Globalen Pakt mit der UNO zu Wege gebracht, der ihnen grössere Selbstdarstellungsmöglichkeiten einräumt als umgekehrt der UNO Einflusschancen in der Wirtschaft.

Wie sich das ‚Prince of Wales Business Leaders Forum‘ – eine relativ neue “NGO” für die Einflussarbeit der Konzerne – die Gegenstrategie zu der wachsenden Kritik vorstellt, konnte man in einer gemeinsam mit Shell gesponserten Hochglanzbeilage der ‚Financial Times‘ nachlesen. “Responsible Business” ist danach längst Gegenstand einer Kampagne für “Humanen Kapitalismus” und einer Globalen Bergbau-Initiative, die beide im vergangenen Jahr gestartet wurden. Während letztere das Ansehen der Bergbau-Konzerne durch die Organisierung von Beiträgen zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung aufbessern will, setzen die Propagisten des “Humanen Kapitalismus” auf die Einsichten aufgeklärter Wirtschaftsführer, ganz nach der Devise: “Die Schaffung von Share-holder-Value und Societal Value können und müssen sich ergänzen.”

Nur eine effektive Kontrolle der Konzerne ist in keiner der neuen Initiativen vorgesehen: “Der einzige Mechanismus, der die Konzerne an ihre Versprechen im Rahmen des Globalen Pakts bindet, ist eine Website der UNO”, heisst es zutreffend in dem erwähnten Hochglanzmagazin.

Rainer Falk

Bei diesem Artikel handelt es sich um einen gekürzten Nachdruck aus dem Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Sonderdienst Nr. 7/2000.